

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Abonnement: 20 Mark pro Jahr, 3.30 Mark pro Quartal, 1.10 Mark pro Monat. Die Abgabe erfolgt durch den Postbeamten zu 2.00 Mark. — Die Preisgebote für Zusatzenarbeiten betragen 0.10 Mark. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark, bei freier Zustellung durch Zettel. Postbezug für Monat Juni 1.00 Mark, für die Monate Juli bis Dezember 1.20 Mark. Einzelnummer 10 G. Pfennige.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20 024, 27 951, 27 952, 27 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060.

Nr. 146

Donnerstag, 25. Juni 1925

XXXIII. Jahrg.

## Frühere Räumung der Ruhr?

Sehn Tage vor dem 16. August — Frankreich zu Friedensverhandlungen mit Abd el Krim bereit — Heute Beginn der Zolldebatte im Reichstag

### Beschlüsse des Ministerrats

Telegramm unferes Korrespondenten  
Paris, 24. Juni. Die französische Regierung habe beschlossen, die Vorkerbungen zur militärischen Räumung der Ruhr zu beginnen. Dieser Beschluß wird in den meisten Blättern als Beweis dafür betrachtet, daß die Räumung gegen Deutschland eine Politik der Weisheit und Verständigung zu haben gedenke. Das „Echo de Paris“ weist mitzuteilen, daß die militärische Räumung der Ruhr ungefähr zehn Tage vor dem im Londoner Abkommen festgesetzten Datum (18. August) stattfinden wird. Das Blatt teilt auch mit, daß im Ministerrat auch die Räumung der Plätze Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf prinzipiell beschlossen wurde. Ferner kommen die Minister in „Echo de Paris“ diesen Regierungsbeschlüssen dahin, daß auch eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Handelsvertragsfrage erreicht werden könne. Im Auslieferungsgeschäft „Cavour“ wird mitgeteilt, daß nach der von Briand und Poincaré getroffenen Entscheidung, das Ruhrgebiet militärisch freier, als vereinbart, zu räumen, der deutsche Reichsanwaltschaft einen leichten Stand in der Sicherheitsfrage haben und die Verhandlungen über den Paß beschleunigen werde.

händen, eine klar umschriebene Haftung der friedlichen Mitglieder des Kabinetts zu erhalten. Infolge der Erklärung Briands, daß die französische Regierung Friedensverträge mit Abd el Krim ausgearbeitet habe und auch bereit sei, mit Abd el Krim über seine Autonomieforderungen zu verhandeln, gestattete sich der Abköhler der heutigen Debatte schließlich sehr günstig für das Kabinet. Man kann wohl ohne Umschweife von einem Rückgang Poincarés und Briand sprechen. Das die lauschte aber der Ministerpräsident das Veranwendbar ist der ganzen Kammer ein.

In der gestrigen Sitzung ereigneten sich, wie gewöhnlich, heftige Zwischenfälle. Der bekannte Abgeordnete des Schwerindustrie Komitees des Jorges, Ober Picot, wies auf die kommunistische Partei hin, als dieser erklärte, daß die kommunistische Partei nur das eine Ziel verfolge, nämlich die Befreiung der unter dem Druck des europäischen Imperialismus stehenden Kolonialgebiete. Als Picot diese Worte ausgesprochen hatte, froh über die Worte, die ein Schwereindustriegegner ist und kaum gehen kann, auf die Tribüne, ohne von dem Sozialdemokraten zurückgehalten zu werden. Dort hielt er sich wieder auf die Rede und schlug Doriot ins Gesicht. Erst nachdem Picot diesen Schlag erhalten hatte, gingen die Sozialisten dazu über, den Obersten wieder auf seinen Platz zurückzuführen, während Doriot etwas verspätet seine Entschuldigung über das Verhalten des Obersten zum Ausdruck brachte.

Das war nicht der einzige besondere Zwischenfall in der gestrigen Sitzung, in der es sonst sehr gewöhnlich ging und die schließlich doch noch eine Annäherung der Sozialisten an die Vorkerbpublikaner zustande brachte.

Nach ein zweiter Zwischenfall, der allerdings etwas formlos, als erwähnt werden. Seine Ursache lag darin, daß ein Angehöriger auf einen falschen Knopf drückte. Als nämlich Kamerarpräsident Gervais die Aufhebung der Sitzung wegen der kommunistischen Störungsvorfälle verkünden wollte, drückte der Angehörige auf den Knopf „Alarm“. Unmittelbar darauf trat die republikanische Garde vor der Deputiertenkammer ins Gewehr. Der Polizeipräsident ordnete sofort weitere Maßnahmen an. Die Tore wurden geschlossen, und kein Mensch durfte das Gebäude verlassen, noch in dasselbe einströmen. Schließlich wurde jedoch bekannt, daß es sich um einen Faux pas handelte. Nur einer besonderen Erklärung ist es zu verdanken, daß derselbe Angehörige nicht den Knopf „Alarm“ drückte. In diesem Falle wären 10 000 Liter Wasser auf die Köpfe der Deputierten herabgelassen.

### Vertrauensvotum für Poincaré

Telegramm unferes Korrespondenten  
Paris, 24. Juni. Das Kabinet Poincaré hat in der gestrigen langausgedehnten und teilweise hitzigen Sitzungsdebatte über die Vorkerbangelegenheit ein Vertrauensvotum von 510 gegen 30 Stimmen erhalten. Auch vier Sozialisten und 20 Kommunisten stimmte die ganze Kammer geschlossen für die Regierung. Die Tagesordnung, die das Kabinet angenommen hat, enthält einige wichtige grundsätzliche Beschlüsse an die sozialistische Partei und trägt sogar gewissen Forderungen der Kommunisten Rechnung.

In der Tagesordnung wird ausdrücklich die Möglichkeit einer künftigen Autonomie des Rheingebiets vorgesehn und erklärt, daß die französische Regierung gemeinschaftlich mit Spanien den Weg zu einer baldigen friedlichen Lösung des Konflikts suchen werde. Dieses Anerkenntnis ist von Poincaré und Briand erst in vorgerückter Rücksicht gemacht worden, nachdem der Regierung zur Kenntnis gebracht worden war, daß die Sozialisten unbedingt darauf bes

### Die innenpolitische Situation

Wird der Reichstag verlagert oder nicht?

Von unserem B-Mitarbeiter

Berlin, 24. Juni  
Man hat in diesen Tagen und Wochen in den Parlamenten des Reichstages und besonders wohl auch in den Fraktionen und Gruppen von Kritikern gesprochen, die möglicherweise heraufziehen könnten. Das geschieht immer, wenn die Redemänner sich lustlos bewegen und vor dem Drang ins Freie ein Arbeitspensum sich aufwärts, von dem man noch nicht weiß, wie man's abtragen soll. Es fühlt sich eigentlich niemand wohl in seiner Haut, aus innenpolitischen Teilen und Teilen aus arbeitspolitischen Gründen. Die Parteien oder die Fraktionen (wie man will) sind in sich gespalten, wie sie immer schon waren, und wo man die Spaltungen offensichtlich überwand, ward man den gestrittenen Risiken nicht recht froh.

Die Deutschnationalen, die wirklich keine übermäßige politische Leidenschaft haben, ernten die Früchte jahrelanger Demagogie, und es scheint, daß sie in Schrecken ernten: die Drachbrieffe, die aus den Kreisen mahergeringer Verehrer allein auf Herr Dergatz Pult zu fließen, sollen in die Schuttschätze gehen. Am Zentrum zerren mehr denn je der rechte und der linke Flügel. Der Kampf um die Jolle trägt, von den Sozialdemokraten abgesehen, die ihn einfaß unter die Derricht der Schlagwörter gestellt haben, Zwittercharaktere in jeder Gruppe. Dazu noch der Druck von draußen, der, wie man nun doch wohl feststellen dürfte, durch das deutsche Volkstumot kaum sich milderte: kurz, auch der überweltliche Optimismus wird schließlich in guttenscher Bescheidenheit gestehen und finden wollen, daß es eine Last ist, zu leben.

Aber von solchen allgemeinen Depressionen bis zur Verantwortung von Kriegen ist doch, selbst heute noch, ein beträchtlicher Weg. Ein Rest von Verantwortungsgelüht ist bei allem Niedergang den Parteien doch noch geblieben. Willst du nur im Unterbewußtsein, aber er ist vorhanden: man scheidet vor dem Sprung ins Dunkle, den jede Regierung- und Parlamentarier unter dem neuen, in diesen Dingen noch nicht warm gewordenen Reichspräsidenten notwendig bedeuten müßte. Man hat auf kein Geld. Selbst Parteien, die sich bei der Dindenburgwahl in Wohl schloffen, harrten bestonnen nur in leere Redensarten. Aus allen diesen Gründen und noch einigen wird man sich einfallen lassen, in der Zurückhaltung äßen und schon irgendwo den beschriebenen Zustand — im Reich wie in Preußen — zu präferieren trachten.

Ob in solcher Prologation auch die Ausnahme der Zollvorlage einstricken sein wird, ist vorderhand freilich noch einigermaßen fraglich. Die Entscheidung über diese Dinge ist von vornherein durch die Parteipolitik verlagert worden. Man hat so ziemlich alle Argumente von annoabundant wieder hervorgeholt und nicht, wie unter dem alten Regime, mit Selbstbeurteilung und Wagnern in die Zukunft. In Wirklichkeit gibt es einen sehr einfachen Schlüssel für die Situation. Der heißt: die Engländer. Wenn wir bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich überhaupt etwas erreichen wollen, müssen unsere Unterhändler sich auf einen Tarif mit hohen Zinsen für die Einkünfte beschränken. Das wird nebenbei auch von keiner Seite bestritten, selbst von der Sozialdemokratie nicht. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen erst bei den Agrarfragen. Mitglieder: bei der Frage, ob Engländer landwirtschaftlich (nach den Gesetzen politischer Kritik) heißt das, die nicht immer auch die Gehebe der Vogelfreiung (Agrarfrage) nach sich ziehen müssen. Die gelehrte Nationalökonomie hat sich bekanntlich mit einer einseitigen Weltanschauung, die nicht alle Tage bei ihr anzutreffen ist, gegen die landwirtschaftlichen Standpunkte gewandt. Sie hat mit Recht gemeint, daß unter den 5 maligen weltwirtschaftlichen Verhältnissen der Landwirtschaft weit eher mit Freierrmächtigungen für Landwirte, Futtermittel, Maschinen gebietet wäre. Wobei sie noch hätte hinzufügen können, daß für den kleinen und mittleren Bauer, der das Getreide, das er erzeugt, in eigener Wirtschaft verbraucht und oft genug selbst noch auf Zukunft angewiesen ist, Getreidekörner immer eine mehr oder weniger problematische Sache bleiben. Sozialisten ein Bombenbeschuß auf die Zukunft, der gemeinhin nicht eingelöst zu werden pflegt. Anders mag es vielleicht um die Viehdüngel gehen. Auch hier aber gehen die Anschauungen der politischen Praxistausensander. Keine Partei oder fast keine, in deren Mitte nicht Fußgeister wären.

seiner objektiver Befund. Natürlich geisthen — selbst in unfern alaubendsten Zeiten — immer noch Zeichen und Wunder. Möglich, daß ein krasser Einheitsmille über die hinter der Regierung stehenden Parteien kommt, daß man die Zähne zusammenbeißt, von früh bis spät beieinander ist und so bis zum 18. oder 20. Juli die Zollvorlage auch gegen die sozialdemokratische Obstruktion durchbringt. Möglichen Wahrheiten ist es nicht. Wenn der Hochsommer naht, erwacht das Viecht allemal sich stärker als der noch so willige Geist. Wer aber im Ernst denkt, diesen herbenmatten Reichstag noch bis in den August hinein beizammenhalten, könnte ebenfalls die Kopie des Thomas Morus weiter dichten. Daran vermögen selbst etwaige Beschüsse des Reichstages nichts zu ändern; auch sie würden zu den alten Vorläufen, mit denen die Wellen der Welt zur Höhe geklopft sind.

Item: man wird das Stach, das jetzt im Reichstag seine Unkraufahrung erhebt, wohl auch noch im Herbst auf dem Zwielpol halten. Bis dahin wird wohl auch erst die Frage der endgültigen Regierungsbildung in Preußen formidabel geworden sein und auch die Kräfte der mit dem Sicherheitspaß eingeleiteten Außenpolitik werden dann erst in einigen Krassen sich übersehen lassen. Einwirken wird die Regierung darauf zu achten haben, daß sie bei den nun sich entpinnenden internationalen Verhältnissen nicht zu sehr in die Hinterhand kommt. Mit anderen Worten: daß sie die immer mehr in juristisches Getrieb sich vertiefende Diskussion nicht bis zu einem Punkt fortschreiten läßt, wo man ihr und dem deutschen Staat die Schuld für das Scheitern geben könnte. Es liegt eine Art Verdunkelungsgefahr vor, die man unferes Erachtens gar nicht ernst genug nehmen kann. Schon heute finden wir sehr gewichtige Kennner der unterschiedlichen Verträge, mit denen seit 1918 Deutschland an die Kette gelegt wurde, sich in den Dingen aus. Es kann sehr leicht der Moment eintreten, wo die Welt wieder einmal mühelos zu überleben wird, daß nur der böse deutsche Wolf von neuem das Wäcker trübe, da, eben noch blind und klar das Bild des autokratischen Völkereins widerspiegelt.

### Der Aufmarsch der Streitkräfte

B. Berlin, 24. Juni. (Gg. Trahtbericht)

Deine beginnt der Kampf um die Zollvorlage, und die „Deutsche Tageszeitung“ meint, „Ist dieser erste Tag würde zum Brennpunkt des Kampfes werden“. Das ist nun wohl kaum anzunehmen. Zunächst wird von Regierungsfache die übliche Empfehlung abgeliefert werden. Danach wird für die Sozialdemokratische Disziplin gesprochen. Dann sollen die Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung abgeben, die, von dem Wunsche geleitet, die Aussprache nach Möglichkeit abzukürzen, sich wohl auf wenige Sätze beschränken wird. Hinterher wird man wohl auseinandergehen.

Die eigentlichen Entscheidungsschlachten werden doch wohl erst im Reichstag, und wenn es dazu kommen sollte, bei der zweiten oder dritten Lesung im Plenum geschlagen werden. Der Vorstand der Zentrumsfraction läßt durch die „Germania“ die Bitte an die Parteiführer richten, bis zur nächsten Vertagung des Reichstages keine Vorträge und Reden im Saale zu übernehmen, um so nicht von der parlamentarischen Arbeit des Reichstages ferngehalten zu werden. Inebst scheint es uns noch nicht sicher, ob man auf dem linken Flügel des Zentrums diese Bitte so ohne weiteres erfüllen wird. In einem Berliner Blatte wird heute folgende Rechnung aufgestellt: „Der Volkstanz hat 945 Positionen und man male sich nur aus, daß zu jeder dieser Positionen ein Sozialist und ein Kommunist zehn Minuten reden soll, ganz abgesehen von den notwendigen Unterbrechungen, die aber eine große Anzahl von Positionen von den Mitgliedern der übrigen Parteien geführt werden müssen. Es könnte dabei nicht einmal als Obstruktion aufgefaßt werden, wenn Sozialdemokraten und Kommunisten bei jeder dieser 945 Positionen das Wort nähmen.“ — Also es wird schon so sein, wie wir das hier wiederholt geschildert haben. Man hat einwachen den nächsten Vorlauf besetzt, bis zum 18. Juli den Volkstanz zu verabschieden. Wenn man aber im Laufe der nächsten Wochen erkennen muß, daß das nicht zu machen ist, wird man sich in das Unvermeidliche schicken und auf eine Durchreissung der Zollvorlage verzichten.

### Benesh spielt mit Rücktrittsabsichten

Telegramm unferes Korrespondenten  
Prag, 24. Juni  
Im Außenministerium des Abgeordnetenhauses griff gestern im Rahmen der tschechischen Sozialdemokraten der Abgeordnete Pit den tschechisch-slowakischen Außenminister als nächste an, was im Parlament allgemeine Aufregung hervorrief. Die Tagespolitik des Regimes ist in Frage folgende: Wille Marx wurde bei dem ehemaligen sozialdemokratischen Minister Gabsmen angefragt, ob er geneigt sei, als tschechisch-slowakischer Gesandter nach Wien zu gehen. Es wurde ihm mitgeteilt, diesen Vorschlag unterbreite ihm Dr. Benesh in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Masarik. Gabsmen sagte zu. Von der Regierung wurde das Agreement eingeholt, aber plötzlich wurde der Antrag des Außenministers zum Ausgangspunkt einer scharfen Protestkampagne gegen die Sozialdemokratie sowie auch gegen Gabsmen gemacht.

Gabsmen, der bereits in Wien gewesen war und dort als künftiger tschechisch-slowakischer Gesandter galt, wurde schließlich gewonnen, seine Vereinstwilligkeitserklärung zur Übernahme des Gesandtschaftspostens zu widerrufen. Dadurch schloß sich natürlich Gabsmen vor dem ganzen Inn- und Außenland blamieren. Die von dem tschechisch-slowakischen Minister Gabsmen angefragt, ob er geneigt sei, als tschechisch-slowakischer Gesandter nach Wien zu gehen. Es wurde ihm mitgeteilt, diesen Vorschlag unterbreite ihm Dr. Benesh in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Masarik. Gabsmen sagte zu. Von der Regierung wurde das Agreement eingeholt, aber plötzlich wurde der Antrag des Außenministers zum Ausgangspunkt einer scharfen Protestkampagne gegen die Sozialdemokratie sowie auch gegen Gabsmen gemacht.

### Bierabend beim Reichspräsidenten

B. Berlin, 24. Juni. (Gg. Drahtbericht)  
Bei dem gestrigen Bierabend beim Reichspräsidenten waren alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten vertreten. Von den Sozialdemokraten sah man Hermann Müller, Weiß und Cw erding und den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Auch der ehemalige Reichskanzler Marx, der Gegenkandidat Dindenburgs, war erschienen. Dindenburg selber sah längere Zeit mit dem Reichskanzler und deren s. Tirps zusammen.

### Benesh spielt mit Rücktrittsabsichten

Telegramm unferes Korrespondenten  
Prag, 24. Juni  
Im Außenministerium des Abgeordnetenhauses griff gestern im Rahmen der tschechischen Sozialdemokraten der Abgeordnete Pit den tschechisch-slowakischen Außenminister als nächste an, was im Parlament allgemeine Aufregung hervorrief. Die Tagespolitik des Regimes ist in Frage folgende: Wille Marx wurde bei dem ehemaligen sozialdemokratischen Minister Gabsmen angefragt, ob er geneigt sei, als tschechisch-slowakischer Gesandter nach Wien zu gehen. Es wurde ihm mitgeteilt, diesen Vorschlag unterbreite ihm Dr. Benesh in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Masarik. Gabsmen sagte zu. Von der Regierung wurde das Agreement eingeholt, aber plötzlich wurde der Antrag des Außenministers zum Ausgangspunkt einer scharfen Protestkampagne gegen die Sozialdemokratie sowie auch gegen Gabsmen gemacht.

### Bierabend beim Reichspräsidenten

B. Berlin, 24. Juni. (Gg. Drahtbericht)  
Bei dem gestrigen Bierabend beim Reichspräsidenten waren alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten vertreten. Von den Sozialdemokraten sah man Hermann Müller, Weiß und Cw erding und den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Auch der ehemalige Reichskanzler Marx, der Gegenkandidat Dindenburgs, war erschienen. Dindenburg selber sah längere Zeit mit dem Reichskanzler und deren s. Tirps zusammen.